

Bitte angeben: Name: Marie-Luise Dött Partei: CDU Wahlkreis: 117 Oberhausen/Wesel III

Familien brauchen Zeit. In einer Umfrage des Allensbach-Instituts 2019 gaben 37% der befragten Eltern an, nicht genügend Zeit für Ihre Kinder zu haben.

1. Was wollen Sie tun, um Familien mehr gemeinsame Zeit zu ermöglichen?

Familienphasen müssen in die Arbeitswelt integrierbar sein, die „Rushhour des Lebens“ soll entzerrt werden. Das kann mittels Zeitwertkonten, Familienzeitkonten und flexibleren Arbeitsverhältnissen für Eltern ermöglicht werden. Idealerweise sollte dies möglichst unbürokratisch möglich sein.

Familien leisten viel für die Gesellschaft. Dafür brauchen sie gute Rahmenbedingungen und auch finanzielle Unterstützung: Familien brauchen Geld!

2. Was wollen Sie tun, um Familien finanziell zu entlasten?

Familien sollten finanziell entlastet werden durch: Kinderfreibetrag und Kindergeld, das wir bereits im Januar 2021 deutlich erhöht haben. Auch ist bereits der Kinderzuschlag erhöht worden und Verbesserungen beim Unterhaltsvorschuss, beim Bildungs- und Teilhabepaket sind bereits erfolgt. Entlastungen für Alleinerziehende sind auf 4.008 Euro verdoppelt worden und sollen bis auf 5.000 Euro erhöht werden. Einen vollen Grundfreibetrag für Kinder sowie der Einstieg ins Kindersplitting sind geplant.

Immer mehr Familien sind von Armut bedroht. Die Zahl der Kinder, die in Armut aufwachsen, steigt weiter.

3. Was wollen Sie tun, um Familienarmut zu verhindern?

Noch immer gibt deutliche Unterschiede in der Einkommensverteilung bei Ost- und Westdeutschen, wie aus dem sechsten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung hervorgeht (19/29815). Die Einkommen der Familien betragen demnach im Jahr 2016 im Mittel 19.489 Euro in Ostdeutschland und 23.395 Euro in Westdeutschland. Damit erhöhte sich der Abstand der Nettoäquivalenzeinkommen zwischen Ost und West von 2.480 Euro im Jahr 2006 auf zuletzt 3.906 Euro im Jahr 2016. Wie aus dem Bericht weiter hervorgeht, geht das niedrigere Einkommensniveau in Ostdeutschland mit einer höheren Armutsrisikoquote einher. Diese lag dort im Jahr 2016 bei knapp 23 Prozent und im Westen bei knapp 15 Prozent. Gegenüber 2006 ist das ein deutlicher Anstieg von vier Prozent in Ostdeutschland und rund zwei Prozent in Westdeutschland. Dieses Problem lässt sich nicht über Familienhilfen allein bewältigen, sondern bedarf eines umfassenderen Lösungsansatzes sowie verschiedener wirtschaftspolitischer Herangehensweisen.

In den Familien wächst die Zukunft der Gesellschaft heran, aber der Klimawandel gefährdet die Zukunft.

4. Was wollen Sie tun, um die Klimaschutzziele zu erreichen und die Folgen des Klimawandels abzumildern?

In der Bundesregierung haben wir mit der Novelle des Bundes-Klimaschutzgesetzes das Ziel der Klimaneutralität 2045 und ein höheres nationales Klimaziel 2030 auf den Weg gebracht. Wir schreiben ein klimaneutrales Deutschland schon für 2045 fest – und damit bereits fünf Jahre früher, als geplant. Wir erhöhen das nationale Klimaziel 2030 außerdem von bisher 55 auf 65 Prozent Emissionseinsparung im Vergleich zu 1990. Das bedeutet: 2030 sind 20 Prozent weniger Emissionen erlaubt als bisher. Wir nehmen in der deutschen Klimapolitik dadurch

im Bistum Münster
Schillerstr. 44a
48155 Münster
0251 97 441 468/-9
info@familienbund-ms.de
www.familienbund-ms.de
Vereinsregister: VR 1349
Amtsgericht Münster

Vorsitzende
Beate Koritko

Geschäftsführerin
Sigrun Jäger-Klodwig

bereits jetzt Kurs auf das neue, erst vor kurzem beschlossene EU-Klimaziel 2030. Das neue Gesetz fordert für die Zeit nach 2030 gerade im Interesse der jungen Generation mehr Klarheit und Verbindlichkeit über den Weg zur Klimaneutralität ein. Genau das liefert diese Koalition in Rekordtempo. Zugleich balancieren wir die Lasten auf dem Weg zur Klimaneutralität über die Jahrzehnte neu aus.

5. Hier können Sie sich noch über unsere Fragen hinaus dazu äußern, was Sie in der Familienpolitik tun möchten (bitte max. 99 Worte):

Familienleistungen sollen automatisiert und digital aus einer Hand kommen.

Eine Altersvorsorgepflicht für alle Selbständigen, die sonst über gar keine Absicherung verfügen.

Die betriebliche Altersvorsorge soll so gestaltet werden, dass mehr Menschen motiviert sind sie nutzen.

Das Prinzip „Fordern und Fördern“ erhalten.

Eine Offensive zur Aus- und Weiterbildung, auch für Menschen mit Behinderungen.